

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 13, 1. Juli 1998

rechts

Einblicke

Der Geist von Lens

Von Ralf Bachmann

Die Fußballweltmeisterschaft hat ein neues Jubelmotiv hervorgebracht. Fernsehreporter, DFB-Obere und politische Prominenz schlugen einander vor Begeisterung und vor laufender Kamera auf die Schultern und freuten sich: „Seht, es ist nach Spielschluß ruhig geblieben!“ Das Gröhlen nicht nur siegestrunkener Fans wurde mehr oder minder billigend in Kauf genommen. Keine zerschlagenen Scheiben, keine Prügeleien mit Passanten, keine schwerverletzten Polizisten. Schön für das deutsche Ansehen!

Nach Lens hatte alles anders ausgesehen. Da empfand der Kanzler „Schande für Deutschland“, da gab es einen weinenden DFB-Präsidenten, und Berti Vogts mußte schwere Geschütze gegen schamvolle Pläne zum vorzeitigen Abzug der Mannschaft auffahren. Fußball-Laien werden sich womöglich fragen, was das denn für ein Spiel sein muß, das froh stimmt, wenn hinterher Menschen und Sachen heil bleiben. Daß man die mitreisenden Anhänger einer Mannschaft vor der Einführung der Bezeichnung Fan „Schlachtenbummler“ nannte, ist auch eine Tatsache. Meist waren es nicht die Kicker, die aus dem Spiel Schlachten machten. Kaum eine Sportart ist politisch so mißbraucht worden. Mitten im Krieg präsentierten die Nazis einen Fußballfilm mit dem Lied: „Elf Kameraden und ein Gedanke: Glauben an den Sieg.“ In schweren Zeiten liebten Potentaten Fußball als Ablenkung und Tore als Wohlstandssurrogat. Die „Sieg“ und „Deutschland“ skandierenden Fans können sich auch heute politischer Aufmerksamkeit sicher sein. Ihr Wahlverhalten, hofft man, werde vom Gruppenfoto mit Berti und Kohl bestimmt. Neonazis gehen gern den Weg über Fanclubs. Die Täter von Lens wird die Polizei ermitteln. Aber wer nach einem Hertha-Spiel in einer Berliner U-Bahn inmitten angesäuselter und angebräunter „Fans“ saß, weiß, wo der Geist von Lens gedeiht. Fußball ist ein Geschäft, daran kann man wohl nichts ändern. Doch er muß Spiel bleiben, sonst wird er gefährlich. Wer politische Geister ins Stadion ruft, darf sich nicht beklagen, wenn sie sich nicht bändigen lassen.

Rechter Bodensatz

Der Wahlerfolg der „Deutschen Volksunion“ resultiert nicht zuletzt aus einer latent vorhandenen ausländerfeindlichen Grundstimmung. **Seite 2 ■**

Gewalttätige Fans

Nach Expertenansicht sind Hooligans ein Rekrutierungspotential für rechtsextreme Organisationen. **Seite 4 ■**

Rassistischer Anschlag

Für den FN-Chefideologen Bruno Mègret war die Erschießung eines jungen Farbigen durch drei FN-Mitglieder „geistige Notwehr“. **Seite 6 ■**

Neuer Historikerstreit?

Das Schwarzbuch des Kommunismus hat noch vor Erscheinen der deutschen Ausgabe zu heftigen Debatten geführt. **Seite 8 ■**

Mahnmal-Streit

Über das in Berlin geplante Holocaust-Denkmal muß jetzt endlich entschieden werden. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Der rechte Bodensatz**

Der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt war kein Ausrutscher. Er kann als Ausdruck sozialen und politischen Protests sowie einer ausländerfeindlichen Grundstimmung gedeutet werden.

„Lesen bildet“, stellte der Vorsitzende Richter der Jugendstrafkammer am Magdeburger Landgericht, Hans-Joachim Kupfer fest. „Aber nicht unbedingt, wenn man die falsche Literatur liest.“ Die Literatur, die der 21jährige Marco G. überwiegend las, stammte auch aus dem Hause des Münchner Multimillionärs Gerhard Frey. Sie führte Marco G. in Kreise, in denen ein Klima dumpfen Rassismus herrschte. „Ein Klima, daß Sie anfangs vielleicht gar nicht so empfunden haben“, stellte der Richter fest, als er Marco G. wegen gefährlicher Körperverletzung und schweren Landfriedensbruches zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilte. Bewährung deshalb, weil die Tat, für die der 21jährige verurteilt wurde, in ihm einen Prozeß des Nachdenkens und der Wandlung ausgelöst hat. Marco G. gehörte zu den Rädelsführern eines rechtsextremen Skinhead-Überfalls auf eine von Punkern bewohnte Wohnung am 3. Januar, bei dem ein 23jähriger Punker fast zu Tode geprügelt und getreten worden war. Marco G. zeigte im Gegensatz zu seinen Mitangeklagten glaubhaft Reue und den Willen zur Wiedergutmachung am Opfer des Überfalls. „Aber auf den Punkt gebracht, haben auch Sie zum Zeitpunkt der Tat Punker als minderwertige Menschen betrachtet, und das ist doch nichts anderes als dumpfer Rassismus“, sagte Richter Kupfer.

Rassismus und Nationalismus waren auch die einzigen wirklich feststellbaren Inhalte im Wahlkampf der rechtsextremen Deutschen Volksunion. „Kriminelle Ausländer aus!“ hieß es auf den Plakaten oder „Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze“. Ein erschreckend großer Teil der Wähler von Sachsen-Anhalt zeigte sich für solche Parolen empfänglich. 16 Abgeordneten hat die DVU seit der Wahl vom 26. April im Magdeburger Landtag sitzen. Dort versuchen die DVU-Abgeordneten, sich demokratisch zu gerieren, ihre Betrachtung zum Beispiel von Ausländern als durchaus differenziert darzustellen. Sogar mit eigenen Anträgen versucht die Frey-Gefolgschaft zu belegen, daß sie Auslän-

dern sogar sehr aufgeschlossen gegenübersteht. Man möge doch bitte eine repräsentative Befragung unter den anständigen Ausländern durchführen und diese dabei befragen, wie sie denn zu der Forderung nach konsequenter Abschiebung straffällig gewordener Ausländer stehen.

Der Wolf scheint Kreide gefressen zu haben. Oft genug aber gehen mit dem Wolf, Vorname: Helmut, Funktion: Fraktionsvorsitzender, die Pferde durch und er zeigt sein wahres Gesicht. Dann sind Ausländer in seinen verbalen Rundumschlägen eben doch allesamt Schmarotzer und Schwarzarbeiter, die braven Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen oder durchweg schwarzafrikanische Drogenhändler. Durch die Reden gerade von Fraktionschef Helmut Wolf werden die Konturen klarer, innerhalb derer sich die DVU im Magdeburger Landtag zu bewegen gedenkt. Sie sind die klare und unmittelbare Fortsetzung der Aggressivität, des Rassismus und der Menschenverachtung, die bereits den Wahlkampf der DVU geprägt haben. Sich einfach nur über diese Menschen lustig zu machen, die da jetzt im Landtag von Sachsen-Anhalt sitzen, wäre fatal und fehlerhaft. Daß einige der 16 Abgeordneten, die für die DVU im Magdeburger Landtag sitzen, geistig nicht besonders helle sind, mag ja durchaus zutreffen. Aber das ist ja schließlich auch gar nicht notwendig, wichtig ist für Gerhard Frey nur, daß er für seinen braunen Ideologiesumpf ein weiteres öffentliches Forum hat. Ist doch schließlich die ganze Partei nur ein wirksames Marketing-Instrument für den Vertrieb seiner rechtsextremen Publikationen und Wehrmachtsdevotionalien. Und so lange die politischen Inhalte der Fraktionsarbeit bis hin zu fertigen Anträgen und Reden per Fax aus München geliefert werden, muß sich Frey um die geistigen Fähigkeiten seiner Magdeburger Statthalter auch keine ernsthaften Gedanken machen.

Und DVU-Fraktionschef Helmut Wolf scheint die Parolen der Frey-Publikationen und -Videos in sich aufgesogen zu haben wie ein Säugling die Muttermilch. „Die DVU wird die Herrschaft des Volkes erzwingen, darauf können Sie sich gefaßt machen“, ruft er gern aus, und scheint innerlich zu beben im zweifelhaften Bewußtsein, den angeblichen Volkswillen politisch vertreten zu dürfen. „Wer den Volkswillen mit Füßen tritt, der muß den Volkszorn in Empfang nehmen“, droht er den Abgeordneten der anderen Parteien im Landtag. „Sie haben die Anweisungen des Volkes als Diener auszuführen, oder Sie werden sich vor den Toren des Parlaments wiederfinden.“

Daß die Parolen der DVU auf so fruchtbaren Boden gefallen sind, hat nur bedingt etwas mit dem seit dem Wahltag so häufig strapazierten Begriff „Protestwahl“ zu tun. Natürlich hat die DVU auch direkt und unverblümt aufgerufen, „diesmal Protest“ zu wählen. Aber auch ihre wenigen inhaltlichen Aussagen keimten zu Wählerstimmen. Auf einem Boden, den andere der DVU bereitet hatten. Wenn DVU-Abgeordnete wie der Alterspräsident des Magdeburger Landtages, Rudi Wiechmann, in Interviews den Begriff „multikulturell“ mit „multikriminell“ gleichsetzen und Ausländern jegliche Integrationsfähigkeit absprechen, dann kommt das in bedenkliche Nähe zu Aussagen auch des CDU-Wahlprogramms in Sachen Ausländerpolitik.

Sicher hat nicht die Mehrzahl der DVU-Wähler eine braune Gesinnung. Das Wahlergebnis der rechtsextremen Partei läßt aber gleichwohl auf eine recht große Empfänglichkeit für solche Denkmuster schließen. Der Erfolg dürfte das Ergebnis einer Verknüpfung von sozialem und politischem Protest mit einer latent vorhandenen ausländerfeindlichen Grundstimmung in der Bevölkerung sein. Die von der Union angestoßenen Debatten mit „Das-Boot-ist-voll“-Inhalten, die immer restriktivere Ausländer- und Asylpolitik haben den Boden dafür bereitet, daß immer mehr Menschen völlig unreflektiert in der Ausgrenzung von Ausländern die Lösung für die Wirtschafts- und Sozialprobleme sehen.

Zudem muß man in Rechnung stellen, daß gerade junge Leute Grund haben, mit der Gesellschaft zu hadern, die ihnen keine Lebensperspektive geben will oder kann. „Mit den Augen eines jungen Menschen betrachtet muß diese Welt so erscheinen, als ob in ihr nichts überflüssiger ist als eben ein solch junger Mensch“, meint Klaus Breymann, Leiter der Magdeburger Jugendstaatsanwaltschaft. Die Marketing-Strategie der DVU, sich ganz gezielt die Anschriften von 18- bis 25jährigen männlichen Wahlberechtigten zu beschaffen und diese gezielt und namentlich anzusprechen, ist voll und ganz aufgegangen. Vielleicht zum ersten Mal seit langer Zeit fühlten sich viele dieser jungen Leute von Menschen außerhalb ihrer Cliquen und engeren Freundeskreise ernstgenommen, überhaupt wahrgenommen.

Für die kommenden vier Jahre ergibt sich die Frage, wie die anderen Fraktionen im Magdeburger Landtag mit dem Phänomen DVU umgehen sollen. Während SPD und CDU durch die Änderung von Formalien versuchen, den parlamentarischen Ein-

fluß der Frey-Statthalter möglichst klein zu halten, sucht die PDS ganz bewußt die inhaltliche Auseinandersetzung. Möglicherweise ist sogar dies der einzig richtige, auf jeden Fall aber wäre die Kombination beider Vorgehensweisen der richtige Weg. Denn nichts wäre fataler, als wenn es der DVU gelingen würde, sich und ihre Abgeordneten in eine Märtyrerrolle hineinzustilisieren. Denn das könnte erst recht zu einer Konsolidierung rechtsextremen Wählerpotentials führen. Zuviele Menschen gerade in Sachsen-Anhalt betrachten ihre materielle und soziale Position als die von „Underdogs“. Auch die DVU zu parlamentarischen „Underdogs“ zu machen, könnte statt der angestrebten Ausgrenzung bis hin zur Hinausdrängung im Gegenteil viel mehr einen Solidarisierungseffekt herbeiführen. Sollen sie doch an Worten und Taten gemessen werden.

■ Gesellschaftliche „Underdogs“ ■

Die Wahl der DVU in Sachsen-Anhalt ist schlimmerweise kein Ausrutscher, auch wenn sie von vielen Seiten als solcher dargestellt oder sogar parteipolitisch instrumentalisiert wird, wie von der CDU, die den Einzug der DVU ins Parlament Reinhard Höppners rotgrüner Minderheitsregierung der vergangenen vier Jahre anlasten möchte. Sie ist bittere Konsequenz der latent vorhandenen ausländerfeindlichen Stimmung im Lande, nicht nur in Sachsen-Anhalt. Ein Vorfall der jüngsten Zeit - nur zufällig gerade wieder in Sachsen-Anhalt - zeigt, wie normal und alltäglich diese Ausländerfeindlichkeit inzwischen in vielen, wenn nicht in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist. Ein Flüchtlingshilfverein bemühte sich bei der Wohnungsgenossenschaft Salzwedel um eine Wohnung für eine sechsköpfige kurdische Flüchtlingsfamilie aus dem Irak, die derzeit in einem nur 25 Quadratmeter großen Zimmer in einer Gemeinschaftsunterkunft leben muß. Trotz erheblichen Wohnungsleerstandes lehnte es der Genossenschaftsvorstand ab, der Familie eine Wohnung zur Verfügung zu stellen. „Unsere Mieter verhalten sich ablehnend gegen fremde Sitten und Gebräuche, z. B. Kochen“, hieß es in dem Schreiben des Genossenschaftsvorstandes an den Verein.

Wen wundert es da, wenn zigtausende von Wählern ihr Kreuz bei der DVU machen, wenn kahlgeschorene Extremisten mit brutaler Gewalt alles zusammenschlagen und -treten, was irgendwie anders ist als die von ihnen selbst definierte Norm?

Eberhard Löblich

Hintergrund

Gefährliche Mixtur

Der Zusammenhang zwischen Hooligans und rechter Gewalt wird bislang nur unzureichend wahrgenommen. Experten warnen seit Jahren vor einem Vordringen des Rechtsextremismus in die Stadien.

Busseweise kommen gewaltbereite Fans des Ost-Berliner Clubs FC Berlin zum Spiel gegen den Greifswalder SC in die Stadt. Statt sich ins Stadion zu begeben, greift ein ganzer Pulk von Hooligans noch vor dem Spiel mit Wurfgeschossen, Leuchtmunition und brachialer Gewalt das in der Nähe gelegene Asylbewerberwohnheim an. So geschehen in Greifswald am 3. November 1991.

Daß Hooliganismus zuweilen mit rechten Sprüchen oder Gewalt in Verbindung steht, ist nichts Neues. Bereits vor der Wende machte die Dortmunder „Borussenfront“ in der der militante FAP-Funktionär Siegfried Borchart („SS-Sigi“) aktiv war, Schlagzeilen. Auch in der DDR sammelten sich Glatzen in den Fußballstadien. 1996 hatten deutsche Hooligans ihren bis Frankreich letzten Auftritt: Im polnischen Zabrze nahe dem ehemaligen KZ-Auschwitz randalierten sie mit Spruchbändern mit „Gruß an die Schindler-Juden“ auf der Tribüne.

Seit dem brutalen Überfall auf einen französischen Gendarm gerät der Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Hooliganismus wieder ins Blickfeld. Von seiten der französischen Sicherheitsbehörden und der deutschen Boulevardpresse wurde nahegelegt, bei den Anführern der Randalie habe es sich um „organisierte Rechtsextreme“ oder „politisch motivierte Saufrüher“ gehandelt. Konkrete Beweise dafür fehlen allerdings.

Auffällig ist, wie wenig die Verbindungen zwischen Hooligans und Rechtsextremen erforscht sind. Im Verfassungsschutzbericht tauchen Hools nicht auf. Auch nach den Ausschreitungen von Lens teilte Innenminister Manfred Kanther (CDU) mit, sie nicht beobachten lassen zu wollen. Reinhard Wagner, Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, berichtet demgegenüber, Hooligans seien „ein Rekrutierungspotential für rechtsextreme Organisationen und es komme immer wieder mal zu einer Anwerbung“. Genaue Kenntnisse über Zusammenhänge, Doppelmitgliedschaften oder Netzwerke liegen so gut wie nicht vor.

Auch das Berliner Fanprojekt, das für die Zeit der Weltmeisterschaft die bundesweite Koordination der Fanprojekte übernommen hat, kann keine konkreten Aussagen dazu treffen. „Der klassische Hooligan“, sagt Mitarbeiter Thomas Jelinski, „ist vielleicht national eingestellt, aber politisch kaum zu organisieren.“ Andererseits hätte das Attentat von Frankreich mit klassischem Hooliganismus nicht viel zu tun. „Das ist eine völlig neue Dimension der Gewalt“, so Jelinski. „Normalerweise treffen sich die Gruppen, um sich zu verprügeln, möglichst ohne die Polizei. Es ist ein Gruppenritual, kein Kampf gegen Einzelne.“ Über die Ursachen der Eskalation kann auch er nur rätseln. Allerdings seien Länderspiele mit ihrem nationalistischen Charakter schon immer ein Sammlungspunkt rechter Gewalttäter gewesen.

Seit der vergangenen Saison beobachten die Berliner Fan-Beobachter in einigen Stadien ein verstärktes Auftauchen rechter Parolen. Es sei aber noch „zu früh, etwas über den Erfolg zu sagen“, erklärt Ralf Busch, auch wenn die Zielgruppe im Fußballstadion - jung, männlich, gewaltbereit, national - sicher für organisierte Rechte einen idealen Nährboden biete. Das hatte im März dieses Jahres auch die rechtsextreme NPD begriffen. Deren Funktionäre tauchten bei mehreren Spielen mit Tapeziertischen vor dem Olympiastadion auf und verteilten unter Sprüchen wie „Istanbul den Türken, aber Berlin den Deutschen“ Beitrittserklärungen. Inzwischen droht ihnen bei Wiederholung ein Ordnungsgeld von DM 500.000,--.

In Hannover sind die organisierten Rechten schon weiter. Bei einigen Hannover 96-Fans sind schwarz-weiß-rote Schals in : „Hannover 96 - Deutscher Meister 1936“ steht auf ihnen geschrieben. In der vergangenen Saison wurden im Stadion Funktionäre der DVU, der verbotenen FAP sowie der neonazistischen HNG im Stadion gesichtet. „Sie verteilen Propagandamaterial und gruppieren vor allem Jüngere um sich herum“, sagt der Sportsoziologe Gunter Pilz, der im Auftrag der Bundesregierung eine Hooligan-Studie verfaßt hat. Pilz warnt seit Jahren vor einem Vordringen des organisierten Rechtsextremismus in die Fußballstadien.

„Eine gefährliche Mischung“, so Pilz, sei in Frankreich entstanden - frustrierte Fans ohne Tickets einerseits; organisierte Rechte, die sie instrumentalisieren, andererseits. Daß „das Nationale als Vorwand dient, um loszuschlagen“, bestätigt auch der Münchner Fan-Betreuer Lothar Langer. „Viele sind rechts orientiert“.

Jeanette Goddar

Zwischenruf

Braune Hände

Heinrich Lummer, Mitglied der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, früher Berliner Innensenator und bekannt für seine rechte Schlagseite, streitet in ganzseitigen Anzeigen mit einer „Aktion für Deutschland“ gegen einen Wahlsieg des SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder. Hinter der Aktion steht der Hamburger Rechtsextremist Joachim Siegerist, wegen seiner Schlamm-schleudereien, unter anderem auf Anzeige von Willy Brandt, gerichtsnotorisch. Er versteht sich, nicht ganz so geschickt wie sein Münchner Kollege, der Verleger Gerhard Frey, aufs Abzocken politisch Rechtsgewirkter und lebt davon offenbar ganz gut. Seine Aktivitäten wurden im Verfassungsschutzbericht für 1995 als „rechtsextremistisch“ eingestuft. Das hindert aber weder daran, daß Siegerist Spenden zugunsten seiner widerlichen Aktionen für steuerlich absetzbar erklären kann. Es hindert vor allem nicht den Christdemokraten Lummer an gemeinsamer Braune-Hände-Aktion. Es ist schlimm, Herr Pastor Hintze und Herr Fraktionsvorsitzender Schäuble, in welchem Umfeld Ihre Wahlkampf-helfer aktiv sind!

Klaus-Henning Rosen



Barometer

Hamburg - Jeder zehnte Hamburger Schüler würde bei der Bundestagswahl die „Deutsche Volksunion“ (DVU) wählen. Das ergab eine Umfrage von „kaz“, dem Sprachrohr der Schüler/innen-kammer. Im Mai befragte „kaz“ 1109 Jugendliche und im Alter von 13 bis 21 Jahren an 32 Bildungseinrichtungen in der Hansestadt.

Für die SPD votierten 41,4 Prozent, die GAL erhielt 20 Prozent der Stimmen, die DVU 10,5, die PDS 4 und die FDP 2,3 Prozent. 12,3 Prozent der Schüler gab an, sich grundsätzlich vorstellen zu können, eine rechtsextreme Partei zu wählen. 15 Prozent der Jungen und zehn Prozent der Mädchen bekannten sich zu ihrer rechten Einstellung. An Gymnasien waren es 8,4 Prozent, an Haupt- und Realschulen knapp 17 Prozent. In „sozialen Brennpunkten“ würde sogar jeder fünfte Jugendliche für die DVU oder eine andere rechte Gruppierung stimmen. Die Hälfte der potentiellen Rechtswähler begründete ihre politische Einstellung mit einer Protesthaltung, 42 Prozent unterstützten die inhaltlichen Forderungen „ihrer“ Partei.

V. S.

Meinung

Auf dem Prüfstand

Die zweite deutsche Demokratie versteht sich als streitbar. Angesichts des Scheiterns von Weimar war es für die Väter und Mütter des Grundgesetzes selbstverständlich, daß man das Staatswesen und seine Werte im Vorfeld schützen muß. Karlsruhe hat vom „bewußten verfassungspolitischen Willen(s) zur Lösung eines Grenzproblems der freiheitlichen demokratischen Staatsordnung“ gesprochen. Was streitbare Demokratie heute wert ist, fragt man sich ganz aktuell angesichts des drohenden Marschs der Rechtsextremisten, voran der DVU, auf Deutschlands Parlamente.

Daß der Münchner Verleger Gerhard Frey, Herrscher über ein viele Millionen schweres Imperium, ein Demokrat ist, glaubt er selbst nicht. Seine Presseerzeugnisse widerlegen es allwöchentlich. Der Versuch im Jahr 1969, Frey über ein Verfahren nach Art. 18 GG zum politischen outcast zu erklären, war aus der Rückschau falsch. Es ist aber dem niedersächsischen Innenminister Glogowski zuzustimmen, der, anders als seine Kollegen, das Verbot der DVU fordert. Daß die DVU extremistisch und undemokratisch ist, steht in jedem Verfassungsschutzbericht. Fraglich ist sogar, ob sie überhaupt eine Partei im Sinne des Parteiengesetzes ist.

Dazu ist folgendes anzumerken:

* Die Partei wird diktatorisch von ihrem Vorsitzenden geführt, (wie ein Wirtschaftsunternehmen, schreibt „Nation+Europa“).

* Frey als Vorsitzender finanziert die DVU und kassiert dafür mehr als eine halbe Million Zinsen pro Jahr, das entspricht nicht dem Leitbild einer demokratischen Partei (nachzulesen in jedem Rechenschaftsbericht der Parteien, trotz entsprechender Hinweise zahlt das Bundestagspräsidium.)

* Mit Spenden wird - wie der Fall Mathan zeigt - nicht korrekt umgegangen (die Bundestagspräsidentin hat jetzt mit dem Zwangsgeld in Höhe von 549.000 Mark von der Sanktionsmöglichkeit gemäß § 23a Parteiengesetz Gebrauch gemacht).

* Funktionäre werden vom Vorsitzenden eingesetzt, die Partei hat Akklamationsrecht, innerparteiliche Demokratie scheint unerwünscht (hat Sachsen-Anhalt gezeigt).

* Kandidaten werden per Order des Vorsitzenden ausgesucht (so Olaf Herrmann, Pressesprecher der DVU in Mecklenburg-Vorpommern laut Berliner Zeitung).

Klaus-Henning Rosen

Ausland

„Elite der Franzosen“

Drei Anhänger des Front National wurden wegen Mordes an einem jungen Farbigen verurteilt. Für den FN-Chefideologen Bruno Mégret war die Tat Notwehr.

Am Abend des 22. Juni fiel im südfranzösischen Aix-en-Provence das Urteil im Mordprozeß gegen drei Aktivisten des rechtsextremen Front National (FN). Diese waren angeklagt, in der Nacht des 21. Februar 1995 in Marseille einen 17jährigen Franzosen komorischer Abstammung erschossen zu haben.

Der Rap-Sänger Ibrahim Ali war damals - auf dem Heimweg von einem Konzert -, zusammen mit anderen Jugendlichen schwarzer Hautfarbe dabei, mitternächtlich zur Bushaltestelle zu laufen, um den Bus noch zu erwischen. Die Rechtsextremen hatten gerade frisch ihre Plakate verklebt und bewachten diese nunmehr, am Steuer ihrer unbeleuchteten Autos sitzend. Rein „vorsorglich“ waren sie bewaffnet; der Hauptangeklagte Robert Lagier hatte Munition mit großer Zerstörungswirkung (sogenannte Dum-Dum-Geschosse) in seine Pistole geladen. Als nun eine Reihe augenscheinlich „fremdstämmiger“ Jugendlicher auf sie zugelaufen kamen, fühlten sie sich bedroht und eröffneten das Feuer. Ibrahim Ali wurde durch drei Kugeln in den Rücken getötet; den Ermittlungsergebnissen zufolge war er bis auf 17 Meter an Lagier herangelaufen, machte nach den ersten Schüssen kehrt und war 18 Meter in die Gegenrichtung gelaufen, bis er durch Robert Lagier - aus 35 Meter Entfernung - von hinten ins Herz getroffen wurde.

Zunächst hatten die drei Angeklagten in dem Prozeß, der am 9. Juni begonnen hatte, versucht, jede als rassistisch zu interpretierende Äußerung zu meiden wie der Teufel das Weihwasser. Einer von ihnen (d'Ambrosio) will nicht mal gesehen haben, daß die Jugendlichen schwarz waren: „Solche Details fallen mir nicht auf“, versucht er sich in karikaturhaftem Antirassismus. Die Fassade bröckelt aber alsbald, als die 16jährige Enkelin des Haupttäters Robert Lagier aussagt: als 9jähriges Mädchen hatte ihr Großvater sie zum Schießstand mitgenommen, um ihr beizubringen, wie man auf „Kanaken“ schießt, sein Sprachschatz umfaßte nur rassistische Schimpfworte für Araber.

Das hindert den als Zeugen geladenen Generalde-

legierten des Front National, Bruno Mégret, nicht daran, die Plakatkleber - die „physische Risiken auf sich nehmen und sich in Viertel begeben, wo die Polizei sich nicht mehr hintraut“, als die „Elite unserer Landsleute“ zu bezeichnen. Die drei Männer „sind keine Mörder“, fährt Mégret fort, und sie hätten sich in jedem Falle in einer Notwehrlage befunden - wenn nicht objektiv, dann, so der Chefideologe wörtlich, „in ihrem Geiste“. Von den angeblich durch Immigranteng Jugendlichen auf die drei Angeklagten geworfenen Steinen hatte die politische Untersuchung freilich weit und breit keine Spur gefunden. Was für den Hauptangeklagten Lagier nur ein weiterer Beweis für die Verschwörung gegen den FN ist: „Man hat sie vorher sorgfältig weggeräumt“. Lagier hatte gar von einer wahrhaften „Intifada á la française“ gesprochen, doch nicht einmal Kieselsteine waren davon zu finden.

Bruno Mégret hatte 1995, am Tag nach der Tat, noch öffentlich erklärt: „Wären unsere Plakatkleber nicht bewaffnet gewesen, so wäre der Tod auf unserer Seite eingetreten.“

„Alles an dieser Affäre ist Front National“, betonte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer: „Es sind Aktivisten des FN, die aus einem Parteilokal des FN kommen, um FN-Plakate zu kleben, und am nächsten Tag dem örtlichen Chef des FN Rechenschaft ablegen.“ Tatsächlich hatten die drei Angeklagten von Aix zunächst - am Morgen nach der Tat - dreieinhalb Stunden lang ihre Aussagen mit dem Bezirksvorsitzenden Jean-Pierre Baumann abgestimmt, bevor dieser einen Rechtsanwalt einschaltete. Darüberhinaus brachte der Staatsanwalt auch zur Sprache, daß der Front National die Familien von zwei der drei Beschuldigten mit monatlich je 3.500 Franc (rund 1.000 Mark) unterstützt, weshalb es kein Wunder sei, daß sie sich an gar nichts mehr erinnern würden, sobald die Sprache auf die Partei komme. Der Front National gründete für die Unterstützung der drei Angeklagten eine Gefangenhilfsorganisation, die frankreichweit auf FN-Veranstaltungen Flugblätter verteilt, in denen um Hilfe für die unglücklichen „patriotischen Familien“ gebeten wird.

Den 61jährigen Haupttäter Lagier verurteilten die Geschworenen zu 15 Jahren Haft (die Staatsanwaltschaft hatte 20 Jahre gefordert), den 51jährigen d'Ambrosio - er hatte geschossen, ohne jemanden zu treffen - zu zehn Jahren (sieben wollte der Staatsanwalt). Der Komplize Giglio (41), der unbewaffnet gewesen war, erhielt zwei Jahre Haft auf Bewährung.

Bernhard Schmid

Ausland

Platzverweis für tschechische Rechte

Die rechtsextremen „Republikaner“ haben den Wiedereinzug in das tschechische Parlament nicht geschafft. Vernünftige politische Ansätze haben ihrer Haßpropaganda den Boden entzogen.

Mit Ausnahme von Václav Klaus, der hoffen kann, daß er wieder an der Spitze der Regierung stehen wird, sind in der Tschechischen Republik nur wenige mit den Wahlergebnissen zufrieden. Erleichterung darüber herrscht aber bei der Linken, der Volkspartei und der demokratischen Rechten, daß die rechtsextremen „Republikaner“ die Fünf-Prozent-Hürde für den Eintritt in das Abgeordnetenhaus nicht überwunden haben. Im Vergleich zu den Wahlen von 1996 hat die fremdenfeindliche Partei, an deren Spitze der ehemalige Zensor und Doktor der Philosophie Miroslav Sládek mit den hellblauen Augen steht, die Hälfte der Stimmen verloren.

Nach Schätzungen sind 108.000 der Sládek-Wähler zu den Sozialdemokraten übergelaufen, 29.000 zu den Kommunisten und sieben- bzw. neuntausend zu den Parteien der demokratischen Rechten (Klaus' Bürgerliche demokratische Partei bzw. Union der Freiheit) und weitere neuntausend zu der Volkspartei. Überdies haben mehr als 90.000 ehemalige „Republikaner“-Wähler diesmal nicht gewählt. Rund 233.000 Wähler (3,9 Prozent; 1996: 8,01 Prozent) haben noch für die „Republikaner“ gestimmt. Den höchsten Stimmenanteil erzielten die Rechtsextremen in Nordböhmen (6,11 %), weniger schon im nordmährischen Kreis (4,34 %), wo die Arbeitslosigkeit mit etwa 10 Prozent genauso hoch liegt. Es scheint, daß in Nordmähren und Schlesien - Gebiete, die wie Nordböhmen durch die Nachkriegsbevölkerungsänderung gelitten haben - die Sozialdemokraten es geschafft haben, die Wähler der „Republikaner“ zu sich herüberzuziehen. Dies mit einem Programm, das auf die von den Rechtsextremen aufgeworfenen Fragen Antwort gibt, und dabei nicht nach den sehr einfachen, sondern vernünftigen Lösungen sucht.

Es gibt mehrere Gründe für den Niedergang der „Republikaner“. Zum einen haben die enttäuschten

„Dissidenten“-Funktionäre der Partei öffentlich Sládek's despotisches Verhalten und die finanziellen Machenschaften seiner Familie erkannt. So etwas darf sich eine so „moralische“ Partei nicht leisten. Ebenso zogen die „Republikaner“ in der Vergangenheit Vorteile aus antideutscher und gegen Roma gerichteter Propaganda. Die deutsch-tschechische Erklärung Ende 1996 und die darauf folgenden Aktionen deutsch-tschechischer Verständigung sowie vernünftige Schritte - was lange gebraucht hat - der Regierung zur Verbesserung der interethnischen Spannungen haben den „Republikanern“ den Boden unter den Füßen weggezogen.

Obwohl die Tschechen ihre antideutschen und Anti-Roma-Vorurteile nur langsam abstreifen, wirkt radikale Feindheit und Haß auf sie eher abstoßend. Die Bevölkerung will keinen Streit und weiß ganz gut, daß sie mit den Deutschen und den Roma in Europa und in Tschechien zusammenleben muß. Durch die Ablehnung der „Republikaner“ bei den Wahlen haben die Tschechen auch für die Europäische Union gestimmt.

■ Skinheads als „bewaffnete Faust“ ■

In den vergangenen Monaten traten die Vertreter der aktiven Minderheiten, d.h. die Roma selbst und auch antirassistische Bürgervereinigungen, verstärkt in der Öffentlichkeit und in den Massenmedien auf. Auch die tschechische Presse, der Rundfunk und das Fernsehen bringen immer mehr Informationen über die Roma. Insgesamt hat sich das mediale Bild der Deutschen und gerade auch der Roma mittlerweile zum Besseren gewandelt.

Die Gefahr eines Wiedererstarkens der rechtsextremen „Republikaner“ ist allerdings nicht ausgestanden. Hinzu kommt noch, daß die Skinheadbewegung in Tschechien als „bewaffnete Faust“ der „Republikaner“ anzusehen ist, auch wenn die Partei sich öffentlich nicht dazu bekennt. Die Skinheads in der Tschechischen Republik sind bis auf wenige Ausnahmen allesamt rassistisch und neonazistisch orientiert.

Solange gegen Fremdenfeindlichkeit gerichtete Aufklärung in den Schulen ausbleibt und die materiellen und geistigen Bedingungen für die jungen Leute nicht besser werden, solange werden die Skinheads die Roma, Afrikaner und Ausländer attackieren. Die tschechische Demokratie muß sich weiterhin verteidigen.

Petr Uhl

Hintergrund**Ein neuer
„Historikerstreit“?**

Das Schwarzbuch des Kommunismus hat noch vor Erscheinen der deutschen Ausgabe hierzulande zu heftigen Debatten geführt. Besonders an dem umstrittenen Vorwort erhitzen sich die Gemüter. Auch in Frankreich hat der Band für politische Kontroversen gesorgt.

Am sechsten November 1997, also gerade noch rechtzeitig zum achtzigsten Jahrestag der russischen Revolution, erschien in Paris „Le Livre noir du communisme, crimes, terreur, répression“, ein Band von 850 Seiten, in dem sechs Historiker und Kommunismusforscher, unterstützt von weiteren fünf Mitarbeitern, eine weltweit angelegte, erste Bilanz der Opfer des Kommunismus zu ziehen versuchen. Bereits eine Woche zuvor, am 31.10., berichtete Le Monde, daß sich drei der Autoren, deren Beiträge fast zwei Drittel des Textes einnehmen und der Kritik als die einzig fundierten gelten - Nicolas Werth, Karel Bartosek und Jean-Louis Margolin - mit dem Herausgeber und Mitautor Stéphane Courtois überworfen hätten. Der Streit entzündet sich an dem vierzigseitigen Vorwort „Die Verbrechen des Kommunismus“, in dem Courtois in zugespitzter Form einige Thesen formuliert: sie - und nicht die übrigen 810 Seiten des Bandes - stehen seither im Zentrum des Medieninteresses.

■ **Genozid an den Juden
nicht einzigartig** ■

Ausgangspunkt für den Argumentationsgang, der zunächst im Zusammenhang skizziert werden soll, ist die Behauptung, eine „legitime und normale Bewertung der Verbrechen des Kommunismus“ habe bisher „weder aus historischer noch aus moralischer Sicht“ (15) stattgefunden. Die Bilanz, die Courtois, „gestützt auf persönliche Schätzungen“, darlegt, ergibt, von der Sowjetunion bis Afghanistan, 94,36 Millionen Tote; „alles in allem“, heißt es unmittelbar danach, kommt sie der Zahl von „hundert Millionen“ (16) nahe; der Klappentext der deutschen Ausgabe (aus ihr stammen alle Zitate) nennt „über achtzig“ Millionen Tote. Die kommunistischen Verbrechen entsprächen nun

aber den Kriterien, die der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg für Verbrechen gegen die Menschlichkeit - eines der „spezifischsten ist der Völkermord“ (20) - entwickelt und das französische Strafbuch von 1992 weiter entfaltet habe, und das bedeute: Bei der Entkulakisierung von 1930 bis 1932 sind sich „‘Rassengenozid’ und ‘Klassengenozid’ sehr ähnlich: Der Tod eines ukrainischen Kulakenkindes, das das stalinistische Regime gezielt der Hungersnot auslieferte, wiegt genau so schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, das dem vom NS-Regime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel. Dieser Vergleich stellt die Einzigartigkeit von Auschwitz“, von Courtois als moderner, technisierter Vernichtungsprozeß verstanden, „nicht in Frage“ (21).

Er erörtert er dann die Frage der Mitschuld der Kommunisten in aller Welt, verstanden als „aktive Komplizenschaft“ (25) und definiert Diktatur und Terror als den „zentralen Aspekt des Kommunismus an der Macht“ (25). Von daher rühre die „Ähnlichkeit“ mit dem Nationalsozialismus; jedoch: „Die Fakten zeigen ... unwiderleglich, daß die kommunistischen Regime rund hundert Millionen Menschen umgebracht haben, während es im Nationalsozialismus rund 25 Millionen waren“. Und weiter: „Die von Lenin erarbeiteten, von Stalin und seinen Schülern systematisierten Methoden lassen an die Methoden der Nazis denken, nehmen sie aber oftmals voraus“ (27). Belegt wird dies mit einem Zitat aus den autobiographischen Aufzeichnungen des ehemaligen Lagerkommandanten von Auschwitz, Rudolf Höß: „Vom RSHA wurde dem Kommandanten eine umfangreiche Berichtszusammenstellung über die russischen Konzentrationslager überreicht...Besonders hervorgehoben wurde darin, daß die Russen durch die großen Zwangsarbeitsmaßnahmen ganze Völkerschaften vernichteten“ (Kommandant in Auschwitz, dtv, München 1963, S.139).

„Dennoch“, fährt Courtois fort, heißt dies „keineswegs, daß man eine direkte kausale Beziehung zwischen der Machtergreifung der Bolschewisten und dem Aufstieg des Nationalsozialismus herstellen kann“ (27f.); gleichwohl „ähneln die Mechanismen der Trennung und des Ausschlusses im ‘Klassen-Totalitarismus’ ganz besonders denen im ‘Rassen-Totalitarismus’“ (29).

Abschließend stellt Courtois die Frage: „Warum sagt die akademische Welt nichts zu der kommunistischen Katastrophe...Warum diese Unfähigkeit, in den Mittelpunkt der Analyse...einen so wesentlichen Faktor wie das Verbrechen zu stellen?“ (30), um dann den ‘letzten Grund’ für die von ihm be-

hauptete Verschleierung der verbrecherischen Dimension des Kommunismus zu nennen: "Nach 1945 erschien der Genozid an den Juden als das Paradigma moderner Barbarei, und zwar so sehr, daß er allen Raum für die Wahrnehmung von Massenterror im zwanzigsten Jahrhunderts beanspruchte...Neuerdings hat die Hervorhebung einer 'Einzigartigkeit' des Genozids an den Juden...ebenfalls die Wahrnehmung vergleichbarer Tatsachen in der kommunistischen Welt behindert" (35).

■ Instrumentalisierung im politischen Tagesgeschäft ■

Ideologie und nicht mehr Wissenschaft sehen die drei Mitautoren in diesen Thesen. Sie werfen Courtois eine „Obsession“ vor, auf die Zahl von hundert Millionen Toten zu kommen, die Vernachlässigung des historischen Charakters des Kommunismus und der komplexen Beziehungen zwischen seiner Theorie und repressiven Praxis sowie unzulässige und allzu eilfertige Vergleiche zwischen einer ursprünglichen Doktrin der Befreiung und einer von Anfang an rassistischen: in der UdSSR habe es keine Vernichtungslager gegeben. Die Diskussion nimmt in Le Monde - aber auch in anderen Medien - in den folgenden Wochen breiten Raum ein. Bemängelt wird das gewissermaßen monolithische Erscheinungsbild „des“ Kommunismus von Lenin bis Pol Pot, bestritten die behauptete Verschleierung der Verbrechen unter Hinweis auf eine breit rezipierte Literatur, die von Kautsky bis Koestler, von Gide bis David Rousset reicht. Annette Wieviorka, die Herausgeberin der Zeitschrift Archives Juives, wendet sich entschieden gegen die Verwendung juristischer Kategorien, die für Historiker keinen Erkenntniswert besäßen; sie spricht von der politischen Instrumentalisierung der Forschungsarbeiten seiner Mitautoren durch Courtois und korrigiert seine letzte These: „Der Völkermord an den Juden rückte in der Untersuchung des Nationalsozialismus erst im Lauf der 70er Jahre in den Mittelpunkt und ist in der kollektiven Erinnerung der europäischen Völker frühestens seit den 80er Jahren allgegenwärtig, das heißt, erst nach den großen Blutbädern des Kommunismus“ (zitiert nach FR 5.12.97).

Über die französische Debatte, die natürlich auch vor dem Hintergrund der Regierungsbeteiligung der KPF und ihrer mitunter als allzu zaghaft gewerteten Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit geführt wird, berichten bei uns

zunächst die Frankreichspezialisten (Thierry Chervel, SZ, 12.11.; Jörg Altwegg, FAZ, 13.11.; Martina Meister, FR, 14.11.) - bis „Die Zeit“ am 21.11. ein umfängliches Dossier vorlegt. Mit der Überschrift „Der rote Holocaust“ und der Charakterisierung „Historikerstreit in Frankreich“ wird mit Macht eine Verbindungslinie zu der Auseinandersetzung von 1986 gezogen. Indirekt, ohne ihn zu erwähnen, distanziert sich Courtois von Nolte, aber, und auch dies werfen ihm seine Mitautoren vor, der Vergleich von Nationalsozialismus und Kommunismus ist ganz und gar nicht Gegenstand ihrer Beiträge, sondern allein des Vorworts. Das Dossier wird von einem Interview mit Stéphane Courtois eröffnet, in dem dieser erklärt: „Nolte wirft legitime Fragen auf. Dennoch kann ich ihm heute noch nicht zustimmen.“. Der Anschluß an den Themenkomplex Historikerstreit ist mit dem Dossier vollzogen, die Diskussion um Vergleich und Gleichsetzung auf's Neue entbrannt.

Mit dem Verkaufserfolg des „Livre noir“ weitet sich auch die deutsche Diskussion aus. So bringen neben anderen Beiträgen TAZ (1.12.) und FR (4.12.) Interviews mit Nicolas Werth; aus der SZ (4.2.98) ist das Gespräch mit Jorge Semprún erwähnenswert.

Die FAZ hält sich an Courtois und druckt sein Vorwort ab (26.11.). Die gründliche Kritik von Gilles Perrault und anderen in der Dezemberausgabe von Le Monde diplomatique wird von Altwegg, der hier weit unter seinem Niveau bleibt, lediglich damit referiert, daß er ihn in die Tradition der marxistischen „Auschwitz-Lügner“ einreicht (FAZ 20.12.). Eckard Jesse (FAZ 8.4.98) unter der Überschrift „Die einäugigen Vergleiche“, gelingt es sogar, indem er das Totalitarismuskonzept ... konsequent zu Ende“ denkt, einen Schlenker zur „Erfurter Erklärung“ zu machen - die Instrumentalisierung des Buches zur Waffe im politischen Tagesgeschäft ist damit erreicht.

Am 27. Mai 1998 erscheint bei Piper die deutsche Übersetzung, die noch um das Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von Joachim Gauck und Erhard Neubert erweitert wurde. „Den 'normalen' Rezensenten“, so Rudolf Walther am selben Tag in der FR, „wurde eine Erklärung abverlangt, vor dem 27. Mai nichts über das Buch zu berichten“. Das galt allerdings nicht für BILD-Zeitung und Spiegel.

Theo Meier-Ewert
(Mit dem Presseecho auf die deutsche Ausgabe befaßt sich ein weiterer Beitrag in der nächsten Ausgabe.)

Demokratische Initiativen

Der Streit eskaliert

Über das in Berlin geplante „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ muß jetzt endlich entschieden werden. Österreich geht mit positivem Beispiel voran.

Von der Öffentlichkeit kaum beachtet, erschien am 8. Mai in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ eine Anzeige mit dem Bundesadler. Die „Deutsche Boden für die Bundesrepublik Deutschland – Amt für Bundesvermögensverwaltung“ offerierte ein 20 000 Quadratmeter großes Grundstück in Berlin. Es stand „bis vor kurzem einer Denkmalsnutzung zur Verfügung. Erstklassige Lage zwischen Potsdamer Platz und Brandenburger Tor“. Angebote seien bis zum 17. Juni einer Berliner Anschrift mitzuteilen. Auffällig waren die Daten: 8. Mai gleich Tag der Befreiung, 17. Juni Tag des Aufstandes in der DDR. Auf der beigegefügt Luftaufnahme war das für das Holocaustdenkmal freigehaltene Gelände sichtbar umrandet. Der Bundesadler schaute freilich in die falsche Richtung. Die Aufnahme stammte aus den Wettbewerbsunterlagen zum Holocaustdenkmal. Salomon Korn hat das fingierte Angebot in der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ unter dem Titel „Aufgeschoben, aufgehoben?“ aufgegriffen. Korn ist nicht irgendwer. Der Frankfurter Architekt gehört vielmehr dem Direktorium des Zentralrates der Juden an und hat ein gewichtiges Wort in Sachen Mahnmal mitzureden.

Zur selben Zeit äußerte sich Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) in der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) zu dem geplanten „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. Ein solches Denkmal müsse auch von künftigen Generationen verstanden werden. „Ich habe den Eindruck, daß die Künstler sich bemüht haben, aber etwas mich völlig Überzeugendes liegt nicht vor.“ Diepgen hatte sich bereits vorher kritisch zu dem Mahnmal geäußert und war auf Distanz zu dem vom Bundeskanzler favorisierten Entwurf des amerikanischen Architekten Peter Eisenmann, der jetzt einen überarbeiteten Entwurf vorgelegt hat, gegangen. Auf die Frage, ob er noch in der laufenden Legislaturperiode mit einer Entscheidung rechne, antwortete Diepgen der SZ: „Da ich einen Zeitdruck ablehne, gebe ich keine Hinweise auf Terminabläufe.“ Dazu hatte sich Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth bereits im „Kölner Stadt-An-

zeiger“ geäußert. Unter Zugzwang lasse sie sich nicht setzen, sagte die CDU-Politikerin, und fragte: „Gibt es Kräfte, die kein Mahnmal wollen? Da wünsche ich mir Mut und Entschiedenheit für dieses Land, dem zu widerstehen.“

Korn sieht in Diepgens Zögern und der anhaltenden Diskussion schon das Ende des Denkmals überhaupt. „Vom politischen Jargon der Eigentlichkeit entkleidet, heißt das im Klartext, daß Diepgen kein Holocaustdenkmal will. ...Gelingt es ihm dabei gar, die anstehende Entscheidung bis nach der ... Bundestagswahl zu verschieben, dann hätte er gute Chancen, das Projekt Holocaust-Denkmal endgültig zu kippen.“

Nicht weniger kritisch bewertet Korn die Haltung des Bundeskanzlers, der immerhin im vergangenen Jahr mit dem „Leo Baeck-Preis“ ausgezeichnet worden ist. Stehe Kohl der Öffentlichkeit gegenüber nicht „im Wort, ... das geplante ‘Denkmal für die ermordeten Juden Europas’ zu verwirklichen? Wie berechtigt ist sein fortdauerndes Schweigen in dieser Sache?“ fragt Korn und räumt ein, der Bundeskanzler habe derzeit andere Sorgen „...als das von Anbeginn umstrittene Holocaustdenkmal. Doch die über nationale Grenzen hinausreichende Bedeutung Kohlscher Kanzlerworte verleiht ihnen auch ungewollt staatsmännisches Gewicht, das nicht so leicht von wechselnden politischen Windböen hinweggefegt werden kann.“ Es gebe nur eine Möglichkeit für die Entscheidungsträger, alle Zweifel aus dem Weg zu räumen: die unwiderrufliche Verpflichtung, das Grundstück „weder zu veräußern noch anderweitig zu verwerten, solange sie sich nicht gemeinsam auf ein ‘Denkmal für die ermordeten Juden Europas’ geeinigt haben.“ Dies sei „die einzige Möglichkeit, Glaubwürdigkeit und Kontinuität im Bemühen um das nationale Monument dauerhaft zu gewährleisten.“ Man kann nur hoffen, daß Kohl nun endlich Stellung bezieht.

Wie eine lange Diskussion doch noch zu einem positiven Ende geführt werden kann, macht gegenwärtig Wien vor. Dort hat der Bau des österreichischen Holocaustdenkmals begonnen: ein Betonquader, der ein in sich geschlossene, nach außen gestülpte Bibliothek symbolisiert. Zehn Meter lang, sieben Meter breit, vier Meter hoch, am Fuß des Denkmals die Namen der 41 Orte, wo Juden aus Österreich ermordet worden sind. Die Wiener Stadtregierung habe „...einen überfälligen Schritt getan - und damit Berlin, wenn auch mit einem viel kleineren als das dort diskutierte Mahnmal, überholt“, kommentierte die „Jüdische Rundschau“ aus Basel.

Heiner Lichtenstein

Verfassungsschutz

Aufmarsch in Berlin und Brandenburg

Die Hauptstadt stand erst jüngst im Visier der erstarkenden NPD, die für den 20. Juni eine Demonstration unter dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“ angemeldet hatte. Statt der erwarteten 1.000 Teilnehmer waren allerdings nur 300 angereist. In neonazistischen Kreisen wird davon geträumt, den diesjährigen - in der Bundesrepublik verbotenen - Rudolf-Hess-Marsch im August in Berlin durchführen zu können.

Angestiegen ist das rechtsextremistische Potential in Berlin laut Verfassungsschutzbericht für 1997 auf 2.435 Personen (1996:2.325). Zulegen konnten die „Republikaner“ auf 850 Mitglieder (1996:800); die DVU will nach eigenen Angaben 650 Mitglieder (amtlich:500) in ihren Reihen zählen. Im Aufwind befindet sich auch die NPD, die aktuell über 230 Mitstreiter (Landesverband Berlin-Brandenburg; Ende 1997 wurden noch 190 gezählt; 1996:80) verfügt. Zur Bundestagswahl im September wollen die drei Parteien - konkurrierend - in Berlin antreten.

Eine Veränderung konstatiert der Berliner Verfassungsschutzbericht 1997 in der Struktur der Neonazi-Szene. Bedingt nicht zuletzt durch die Selbstauflösung des Vereins „Die Nationalen“ hat sich der Trend hin zu „Unabhängigen Kameradschaften“, 13 davon Ende 1997 mit etwa 130 Mitgliedern, verstärkt. Ebenso konnten NPD/JN dabei mitgliedermäßig profitieren. Manifestiert wurde dies nicht zuletzt durch die Wahl des Vorsitzenden der „Nationalen“ Frank Schwerdt in den NPD-Bundesvorstand. Von den rund 500 rechtsextremistischen Berliner Skinheads ist beinahe die Hälfte (230) bereits als gewalttätig aufgefallen. Organisatorisch wirken hier die Berliner Sektionen der Skin-Gruppierungen „Blood & Honour“ und „Hammerskins“ mit jeweils 20 bis 30 Aktivisten. Ende vergangenen Jahres wurde in Berlin-Mitte ein Skinhead-Konzert mit internationaler Besetzung durchgeführt, das rund 1.000 Teilnehmer aus dem In- und Ausland besuchten. Sorge bereitet das Anwachsen des rechtsextremistischen Gefährdungspotentials, so wurde im Umfeld der „Kameradschaft Treptow“ Ende 1997 Sprengstoff gefunden. Angestiegen sind - dem Bundestrend entsprechend - auch in Berlin die rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straf- und Gewalttaten. Um

sieben Prozent höher lagen die rechtsextremistischen Straftaten mit 552 Vorfällen. Von den 52 registrierten rechtsextremistischen Gewalttaten (darunter 1 Tötungsdelikt) wurden 46 (1996:30) aus fremdenfeindlicher Motivation begangen, darunter 45 Fälle mit zum Teil schwerster Körperverletzung. Fast 60 Prozent der bekanntgewordenen 73 Tatverdächtigen gehörten der Skinheadszene an (45), darunter eine Frau. 30 mutmaßliche Täter (1996: 23) waren über 21 Jahre alt, davon acht älter als 30; 23 gehörten der Altersgruppe der 18- bis 20jährigen an und 20 waren jünger als 18.

Das an Berlin angrenzende Bundesland Brandenburg stellt bezüglich rechtsextremer Gewalt nach wie vor einen traurigen Rekord. Im jüngsten Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz liegt Brandenburg mit einem Wert von 3,79 Gewalttaten pro 100.000 Einwohner bundesweit absolut an der Spitze (Durchschnitt: neue Länder 2,7; alte Länder 0,7). Rein zahlenmäßig scheinen die im Landesverfassungsschutzbericht für das Jahr 1997 aufgeführten rechtsextremen Gewalttaten unverändert hoch (98); bei näherem Hinsehen wird jedoch deutlich, daß, aufgrund veränderter Zählweise in der Statistik, vor allem die gewalttätigen Angriffe (87; 1996:54) gegen Personen stark zugenommen haben: zwei Todesopfer, zwei versuchte Tötungsdelikte und 83 Fälle von oftmals brutaler Körperverletzung. Angestiegen sind die aus rechtsextremistischer Motivation begangenen Straftaten auf insgesamt 570 (1996: 479).

Als ursächlich für die Gewalt gelten für die Behörden hauptsächlich rechtsextremistisch orientierte Jugendcliquen, insbesondere Skinheads. Dem militanten Potential werden wie im Vorjahr 550 Personen zugerechnet. Wie auch in Berlin hat sich durch die Selbstauflösung der „Nationalen“, deren Hauptaktionsfeld (110 Mitglieder) in Brandenburg lag, der Trend hin zu den autonomen Kameradschaften verstärkt (rund 120 Aktivisten), die Fäden in der Hand hält dabei weiterhin der Multiaktivist Frank Schwerdt (s.o.) über einen sogenannten „Koordinationsrat“ mit Sitz in Berlin. Die von den „Nationalen“ initiierte „Kameradschaft Oberhavel“ wurde im August 1997 vom brandenburgischen Innenministerium verboten. Zulauf aus dem „Fundus der „Nationalen“ erhält auch die NPD, die mit aktuell 100 Mitgliedern im Aufwärtstrend begriffen und aktiv dabei ist, eigenständige Strukturen in Brandenburg aufzubauen. Noch etwa 330 Anhänger haben die „Republikaner“, die DVU verfügt seit Frühjahr über einen eigenen Landesverband. amtlich werden ihr 40 Mitstreiter zugerechnet. G.N.

Aus der Szene

Braunes Spektakel

Im 3.500 Einwohner zählenden Dörfchen Ostritz unweit des ostsächsischen Zittau fanden in der dritten Juni-Woche im Hotel Neißeblick erstmals die sogenannten „Mitteldeutschen Vortragstage“ statt. Vorausgegangen war ein juristisches Hickhack um ein Veranstaltungsverbot durch das Regierungspräsidium Dresden, was vor Gericht aber nicht standhielt. Das braune Spektakel steht in Tradition der „Hetendorfer Tagungswoche“, die alljährlich im Neonazi-Zentrum Hetendorf in der Lüneburger Heide unter maßgeblicher Regie des rechtsextremistischen Multifunktionärs Jürgen Rieger durchgeführt wurden, und welches im Februar von Niedersachsen geschlossen wurde. Als Veranstalter der „Mitteldeutschen Vortragstage“ fungierte Jürgen Rieger. Der wegen Beleidigung von Opfern des nationalsozialistischen Regimes und Verwendung von NS-Symbolen vorbestrafte Hamburger Rechtsanwalt ist Führer der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ (GfbAEV), die zu dem Treffen eingeladen hat.

Die GfbAEV hat im letzten Jahr beschlossen, künftig vom schwedischen Moholm aus zu arbeiten. Dazu Rieger in einem internen Schreiben an seine „Mitglieder und Förderer“ vom Mai 1998: „Dieses deswegen, weil selbst staatliche Institute, wenn sie auch nur den Begriff >Rasse< verwenden, mit schärfsten Sanktionen zu rechnen haben, und eine Wissenschaftsfreiheit in der Bundesrepublik nicht mehr gegeben ist. Des weiteren möchte ich Professoren, die in deutschen Zeitungen wegen der Medienhetze und linker Studenten nicht mehr veröffentlicht werden können, die Möglichkeit geben, dieses in Schweden zu tun.“

Für die GfbAEV begeht jeder Mann „biologischen Verrat“, der eine Partnerin „fremder Rasse heiratet“ und „Kinder anderer Rassen adoptiert und in unseren Lebensbereich bringt, so daß dadurch die Bastardisierung hier gefördert wird“.

Mitorganisator der Tagungswoche war auch die ebenfalls von Rieger geführte neuheidnische „Artgemeinschaft“, die sich die Pflege des sogenannten nordischen Brauchtums auf ihre Fahnen geschrieben hat. Unter ihrem Banner werden symbolische Ritualien wie Sonnenwendfeier und germanischer Sechskampf zelebriert.

Anton Maegerle

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 13. Jg., Nr. 25 u. 26, /98:

Der Leitkommentar befaßt sich damit, was Rechtssein im eigentlichen Sinne bedeutet, und distanziert sich auch gleich entschieden von der „Deutschen Volksunion“. Mit „rechter Politik“ habe diese „Bankrotterklärung jeden Anspruchs auf einen grundlegenden Wandel“ nichts zu tun. An der DVU schied sich nach Meinung der JF die Geister (25/98). Anlässlich seines 70. Geburtstags eine Würdigung für Hans-Dietrich Sander, Herausgeber der „Staatsbriefe“. Unausweichlich sei dieser packende Publizist in die Fänge der „Political Correctness“ geraten, der „ominöse“ NRW-Verfassungsschutz habe ihn der „Volksverhetzung“ bezichtigt ein Münchner Gericht wegen zweifacher Holocaust-Leugnung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Der wegen Mordes an seinem Gesinnungskameraden Waldner verurteilte Südtiroler Paul-Peter Rainer, schon in der vorherigen JF-Ausgabe als mögliches Opfer einer Verschwörung von Geheimdienstkreisen dargestellt, spekuliert über eine angeblich gezielte bevölkerungspolitische Manipulation Roms in bezug auf die italienische Bevölkerung Südtirols (25/98). Sympathie wird kundgetan für das von der separatistischen Lega Nord geforderte Staatsgebilde „Padanien“, wodurch sich wünschenswerte Veränderungen für die europäische Landkarte ergeben würden. Als positiv erscheint die japanische Vergangenheitsbewältigung. Anders als bei den Deutschen, hätte in Japan auch die Linke bei der Aufarbeitung der Massenverbrechen im 2. Weltkrieg, wobei die Zahlen von der JF in Zweifel gezogen werden, stets die Rettung der nationalen Identität im Sinn gehabt (25/98). Von der immannten Wichtigkeit der deutschen nationalen Identität handelt der Leitartikel des nächsten Heftes (26/98). Auch der Ex-Apo-Veteran und neuerliche JF-Schreiber Horst Mahler will die (deutsche) Nation aus der babylonischen Gefangenschaft des Zeitgeistes befreien (26/98). Berichtet wird über ein Treffen zwischen Gerhard Frey und dem Franzosen Le Pen in bezug auf etwaige spätere Zusammenarbeit. Highlight der Ausgabe ist ein Interview mit Jörg Haider, der Spekulationen über einen etwaigen Niedergang der FPÖ eine Absage erteilt. Im Fragebogen darf der sonst nicht von der JF hofierte Franz Schönhuber über seine Vorlieben plaudern (26/98). Als Beilage der Ausgabe schließlich ein Rückblick auf 50 Jahre Deutsche Mark. (gn)

Bücherschau**Fluchtort Shanghai**

Nach 1938 gab es für deutsche Juden nur noch einen sicheren Zufluchtsort: Das ferne Shanghai, unter internationaler Kontrolle stehend, nahm Verzeiwelte ohne Visum auf. Zu den Tausenden, die sich in die chinesische Hafenstadt durchschlagen und dort unter schwierigsten Umständen überleben konnten, gehört der in Breslau gebürtige Ernest G. Heppner, der heute 77jährig in Indianapolis (USA) lebt. In seinem nun vom Bonner Weidle-Verlag vorgelegten Erinnerungsbuch „Fluchtort Shanghai“ berichtet er nicht nur von seinem eigenen Schicksal, sondern verknüpft seinen Erlebnisbericht mit einer auf umfassenden Recherchen basierenden Darstellung der Verhältnisse in Shanghai. Autor wie Verlag entreißen damit ein Kapitel der jüdischen Emigration dem Vergessen: Shanghai und die Flüchtlinge, die dort in Hunger und Elend ihre Würde verteidigten, sind nach Wahrnehmung von Heppner selbst im Bewußtsein zeitgeschichtlich Interessierter kaum präsent.

Heppner, der als Sohn eines Unternehmers und Hoteliers in Breslau in familiärer Geborgenheit aufwuchs und gemäß jüdischer Tradition erzogen wurde, versteht es, die mühsam aufgerufene Leidensgeschichte - er schildert bewegend die Anstrengung des Erinnerns - lebendig zu vermitteln. So kann eine Ahnung entstehen von dem Entsetzen, das den Heranwachsenden immer stärker erfaßt, als die Verfolgung durch die Nazis gesteigert wird und schließlich die Reichspogromnacht verzweifelte Versuchen der Selbstbeschwichtigung jegliche Basis entzieht. Im Frühjahr 1939 mußte sich Heppner von Vater und Schwester trennen; der Vater wollte noch Fabrik und Wohnung verkaufen, die Schwester hatte noch keine Ausreiseerlaubnis. Beide konnten sich nicht mehr retten, sie wurden Opfer des Holocaust.

Dem jungen Heppner und seiner Mutter war die Ausreise unter entwürdigenden Prozeduren und bei Abgabe ihres persönlichen Besitzes genehmigt worden. Das Glück, noch rechtzeitig eine Schiffspassage zu bekommen, verdanken sie zwei Umständen: Der Inhaber eines Reisebüros nahm zwei impressionistische Gemälde als Bezahlung und vermittelte ihnen dafür eine Kabine, die vor dem Zwischenstopp in Genua freigeworden war. Das Ehepaar, das sie gebucht und die Reise nach Shanghai in Hamburg angetreten hatte, hatte sich aus Angst vor der ungewissen Zukunft in der Fremde auf dem

offenen Meer das Leben genommen. Heppner berichtet dies nüchtern, ohne Zorn und Eifer. Und so entsteht ein Eindruck von dem Terror, den die Nazis und ihre Helfer systematisch entfalteten und von den Qualen der Menschen, die ihm ausgesetzt waren und um ihr Überleben kämpften. Anschaulich schildert Heppner, wie jüdische Flüchtlinge in der fremden Umgebung, getrennt von ihren nächsten Verwandten und meist in ärmlichsten Verhältnissen lebend, ihrem Schicksal trotzten. Der Autor bringt heutigen Lesern die politische, soziale und wirtschaftliche Lage einer Millionenstadt nahe, die unter die Herrschaft der Achsenmacht Japan kommt und die Juden in ein Ghetto sperrt. Sein Bericht, der auch von der Kraft der Solidarität kündigt, ohne jemals in Pathos zu verfallen, wird ergänzt durch Photos, die die Lage der Menschen in ihrem Überlebenskampf dokumentieren.

Ernest G. Heppner, der von Haus aus kein Schreiber ist, ist zu danken für die Mühe seiner Erinnerungsarbeit, seiner umfassenden Recherchen, mit deren Ergebnissen er seinen Erlebnisbericht ergänzen und die Ereignisse einordnen konnte. Dem Bonner Weidle-Verlag ist zu danken für die Edition eines Buches, das für deutschsprachige Leser - so sie dies wollen - ein Kapitel des Nazi-Terrors, aber auch des Überlebenswillens verfolgter, zur Ermordung bestimmter Juden, vor dem Vergessen bewahrt. Solches Erinnern kann dazu beitragen, heutigen Gefährdungen, die sich in einem anderen Gewande darstellen, entgegenzutreten.

Rudolf Schwinn

Ernest G. Heppner. Fluchtort Shanghai. Erinnerungen 1938 bis 1948. Aus dem Amerikanischen von Roberta de Hollanda. 288 Seiten, mit zahlreichen Photos. Weidle-Verlag, Bonn, 1998. DM 42,-

Veranstaltungshinweis

Dachau - Vom 31. Juli bis 21. August findet die 16. „Internationale Jugendbegegnung“ in Dachau, erstmals im neu errichteten Jugendgästehaus, statt. Das seit 1983 jährlich durchgeführte Projekt bietet jungen Menschen aus aller Herren Länder Gelegenheit zum Kennenlernen und Erfahrungsaustausch. In Form von Workshops und Projekttagen sollen aktuelle und historische Probleme diskutiert werden, angeboten werden auch Gespräche mit Zeitzeugen und KZ-Gedenkstättenführungen. Information und Anmeldung: BDKJ Dachau, Gottesackerstr. 17, 85221 Dachau, Tel/Fax: 08131/81845, e-mail: KJR.Dachau @t-online.de

Meldungen

Inland

■ **Bautzen** - Die Staatsanwaltschaft Bautzen teilte am 11. Juni mit, daß die Täter eines Brandanschlages auf das Asylbewerberheim in der sächsischen Kreisstadt Kamenz ermittelt worden seien. Dabei handelt es sich um 19jähriges Mitglied der NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten“ sowie zwei 16 und 20 Jahre alte Personen. Die drei Beschuldigten hatten in der Nacht zum 4. Juni sechs Molotowcocktails gegen das Flüchtlingswohnheim geschleudert. Die 29 Bewohner blieben jedoch unverletzt. Der Haftbefehl erging wegen versuchten Mordes, versuchter schwerer Brandstiftung und gefährlicher Körperverletzung.

■ **Bonn** - Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth hat gegen die „Deutsche Volksunion“ wegen einer strittigen Spendenangelegenheit ein Zwangsgeld in Höhe von 549.000 DM verhängt. Anlaß war die ominöse Spende eines Herrn Mathan in Höhe von aufgerundet DM 274.635 im Jahr 1995 (vgl. BNR 9/98), wobei eine falsche Adresse angegeben wurde und an deren Höhe sich der Spender Zeitungsberichten zufolge heute nicht mehr erinnern kann. Das Bußgeld soll mit den fälligen Zahlungen an die DVU aus der Parteienfinanzierung verrechnet werden. Die DVU hat bereits angekündigt, gegen die Entscheidung gerichtlich vorgehen zu wollen.

■ **Dresden** - Das „Pressefest“ der neurechten Zeitschrift „Europa Vorn“, das am Samstag, den 27. Juni im Dresdner Hygiene-Museum, einem öffentlichen Gebäude, stattfinden konnte, wurde von der Polizei aufgelöst. Angemeldet worden war das Treffen von EV-Herausgeber Manfred Rouhs zum Thema „Einführung in den Euro“. Als die Museumsleitung ihren Irrtum bemerkte, forderte sie zunächst die rund 200 Rechtsextremisten, anwesend waren u.a. die JN-Spitzenfunktionäre Holger Apfel und Sascha Wagner, zum Abbruch der Veranstaltung auf und rief dann die Polizei. Das rechts-extreme Spektakel sollte ursprünglich im Großraum Leipzig stattfinden und wurde kurzfristig von den Organisatoren in den schon im Vorfeld angemieteten Museumsraum in Dresden verlegt.

■ **Erfurt** - Der Zeitungsverlag „Neues Denken“ hat in Erfurt beim zuständigen Amtsgericht Konkursantrag gestellt. Der Verlag hatte den mehrfach vor-

bestraften Neonazi Thomas Dienel (36) als Chefredakteur beschäftigt und dafür einen monatlichen Lohnkostenzuschuß in Höhe von 2.000 Mark kassiert. Der Verlag hatte zudem 18.000 von zugesagten 23.000 Mark Existenzgründerbeihilfe vom Thüringer Sozialministerium erhalten. Das Ministerium will den Hintergrund des Verlages nicht gekannt haben und fordert den Betrag nun zurück. Der Verlagsleiter Wolfgang Bernhardt soll NPD-Mitglied sein. Thomas Dienel hatte nach seiner letzten Haftentlassung die „Deutsch Nationale Partei“ wiederbelebt, betreibt das „Nationale Infotelefon Deutschlandsturm“ und gibt die „Mitteldeutsche Stimme“ heraus.

■ **Gelsenkirchen/Mainz** - In Gelsenkirchen hat sich ein Förderkreis der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) gegründet. In der aktuellen Ausgabe der HNG-Nachrichten wird auf folgende rechtsextreme „Gefangenenhilfsorganisationen“ auf internationaler Ebene hingewiesen: C.O.T.W. (England), Lusitanian Motherhood (Portugal), The A.B. (Schweden), Volksfront (USA). Ebenso ist eine Liste der derzeit bestehenden „Nationalen Infotelefone“ dokumentiert: NIT Berlin (REP), NIT-Deutschlandsturm, NIT-Hamburg, NOT-JN/NPD; NIT-Preußen, NIT-Rheinland, NIT-Schleswig-Holstein, NIT-Schweiz, NIT-Thüringen (NPD).

■ **Heidelberg** - Für Samstag, den 4. Juli 1998 hat die „rechte Szene“ in einem Flugblatt eine Demonstration anläßlich des 100. Todestages von Otto Fürst von Bismarck in Heidelberg angekündigt. Treffpunkt der neonazistischen Manifestation unter dem Motto „Ehre dem Reichskanzler“ ist der Bismarckplatz. Weitere Informationen sind, so das Flugblatt des „Nationalen Widerstands“, über die „Nationalen Infotelefone“ erhältlich. In ihrer zweiten Ausgabe im Frühjahr berichtete die Neonazi-Schrift „Zentralorgan“ über den am 30. Juli 1898 verstorbenen Bismarck als den „Schmied des Deutschen Reiches“. Als Fazit des sechsseitigen Beitrags wird die Motivation für die Adaption Bismarcks offengelegt: „Wenn der Nationale Widerstand 1998 Otto v. Bismarck gedenkt, dann ist dieses Erinnern auch immer Protest gegen die politische Klasse der Bundesrepublik.“

■ **Hoyerswerda** - Im sächsischen Hoyerswerda wurde ein Landesverband Sachsen der „Vereinigten Rechten“ (VR) gegründet. Landesvorsitzender der Organisation, die nach eigenen Angaben 82

Mitglieder hat, wurde Peter Liebchen aus Lautau. Liebchen ist, wie der Neonazi-Online-Dienst BBZ zu berichten weiß, im nationalen Lager kein Unbekannter. Demnach war der heute 55jährige vor zehn Jahren Vorsitzender des NPD-Ortsverbands Rielasingen im NPD-Kreisverband Konstanz (Baden-Württemberg). Seine dortigen Intrigen, so die BBZ, brachten ihn schließlich in die geschlossene Abteilung des Psychiatrischen Landeskrankenhauses Reichenau. Nach seiner Entlassung zog er nach Ostdeutschland. Die BBZ weiter: „Seine Reaktivierung garantiert, daß das politische Leben unter den nationalen Parteien in Sachsen künftig sehr turbulent werden wird.“ Nach einer Meldung der „Leipziger Volkszeitung“ ist oberstes Ziel die Teilnahme der VR an der Landtagswahl 1999 mit einer gemeinsamen nationalen Liste, „wo sich alle Patrioten beteiligen können und sollten“.

■ **Kassel** - Rund 300 Rechtsextremisten demonstrierten am 6.Juni in Kassel gegen die Wehrmachtsausstellung des „Hamburger Instituts für Sozialforschung“. Angemeldet wurde die Demonstration von den REPublikanischen Jugend. Mit im Demonstrationsblock war auch eine größere Gruppe von sogenannten „Freien Nationalisten“. In einer Ansprache begrüßte der stellvertretende Bundesvorsitzende der „Republikaner“, Christian Käs, den parteiübergreifenden Zusammenhalt. Als Vertreter der „Freien Nationalisten“ referierte Thomas Wulff aus Hamburg. Anwesend waren ebenfalls die einschlägig bekannten Neonazis Thorsten Heise, Roy A. Godenau, Christian Hehl und Friedhelm Busse. Ebenso mit von der Partie war Dirk Winkel, der Anmelder des sog. „Rudolf- Hess- Gedenkmarshes“ im August 1993 in Fulda.

■ **Lüneburg** - Am 13.Juni fand in Lüneburg eine Demonstration von mehreren Dutzend Rechtsextremisten aus Lüneburg, Hameln, Bremen, Bielefeld, Hildesheim und den neuen Bundesländern statt. Der Aufmarsch) war unter dem Namen der „Initiative Arbeitssuchender“ ordnungsgemäß bei der Stadt angemeldet worden. Mit von der Partie war der Neonazi-Spitzenfunktionär Christian Worch.

■ **Schwäbisch-Gmünd** - Im Beichtstuhl einer katholischen Kirche im baden-württembergischen Schwäbisch-Gmünd fanden Gläubige jüngst ein übles antisemitisches Pamphlet vor. Titel des Hetzblattes: „Die 10 Gebote für nach Deutschland umsiedelnde Juden“. Unter Punkt 5 ist zu lesen: „Du sollst nicht vergessen die Worte von Daniel Gold-

hagen. Die Deutschen sind ein Volk von Mördern, sie haben ein Mörder-Gen im Blut. Das Geschehene kann sich jederzeit wiederholen. Bist Du lebensmüde?“ Unter Punkt 9 heißt es: „Du sollst alle Deine Glaubensbrüder von hier mitnehmen, aber auchwirklich alle. Geht mit Gott! Aber geht!“

■ **Schwarzenborn auf dem Knüll** - „Der Erfolg der DVU in Sachsen-Anhalt war eine Katastrophe, denn Frey ist kein Patriot, sondern ein übler Geschäftemacher, der mit Verfassungsschutz und Regierung zusammenarbeitet und nur den Auftrag hat, eine wirksame nationale Alternative zu verhindern“ - meint der Ex-Rechtsterrorist und NPD-Sympathisant Manfred Roeder (Schwarzenborn/Hessen) im aktuellen Rundschreiben seiner „Deutschen Bürgerinitiative“ (DBI). Ebenso distanziert sich Roeder von den REPublikanern („Anpasser“), dem BFB, der Partei von Bolko Hoffmann, Alfred Mechtersheimer und dem „Bündnis für Deutschland“, dem er „Dilettantismus“ vorwirft. Roeder gibt sich selbstbewußt: „In Bonn reibt man sich die Hände, solange es noch Sammlungs-oder Deutschland-Bewegungen gibt. Nur vor der Stoßkraft der NPD und Roeder zittert man in Bonn.“

■ **Sinning** - Bei einer Razzia am 24. Juni in Bayern und Rheinland-Pfalz verhaftete die Polizei drei Rechtsextremisten wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffengesetz. Dabei wurden in den Räumen von fünf Verdächtigen eine Maschinenpistole samt Munition, Sturmgewehre, Gewehrläufe, Handgranaten, Tretminen, mehrere Langwaffen sowie große Mengen an Propagandamaterial sichergestellt. Bei den Verhafteten handelt es sich um den 52jährigen Anton Pfahler, einen 27jährigen Kfz-Mechaniker und einen 22jährigen Gelegenheitsarbeiter aus Neustadt/Weinstraße, der seinen Lebensmittelpunkt nach Oberbayern verlegt hat. Pfahler hat im niederbayerischen Sinning Räumlichkeiten an die „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH“, die bis Ende vergangenen Jahres in der Stuttgarter Parteizentrale ansässig war, vermietet. Seitdem sind mehrere JN-Mitglieder nach Sinnig gezogen. Der Neuheide Pfahler soll in der Vergangenheit Kontakte zur terroristischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ und zur „Wiking-Jugend“ gehabt haben (vgl. BNR 2/98).

■ **Starnberg** - In seiner Schrift „Frieden 2000“ gibt der umtriebige Nationalist Alfred Mechtersheimer den organisatorischen Ausbau seiner Gruppen „Friedenskomitee 2000“ und „Unser Land - Wissenschaftliche Stiftung für Deutschland e.V.“

bekannt. Neben dem Umzug in größere Büroräume habe man nun auch einen Fax-Abruf installiert. Ebenso soll in Kürze ein Info-Telefon in Betrieb gehen. Um die „unselige nationale Zerstrittenheit“ zu überwinden, so Mechtersheimer, „brauchen wir dringend auch eine größere finanzielle Kraft!“

■ **Stuttgart** - Die Staatsanwaltschaft Ravensburg ermittelt gegen den baden-württembergischen Landtagsabgeordneten der „Republikaner“ Josef Huchler wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. Huchler habe 1990 Baumateriallieferungen an Familienangehörige nicht entsprechend in seiner Buchführung verrechnet. Der 62jährige Maurermeister und selbständige Bauunternehmer aus dem oberschwäbischen Wahlkreis Biberach sitzt seit 1996 für die REP im Landtag. Dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die parlamentarische Immunität Huchlers aufzuheben, hat der hierfür zuständige Parlamentsausschuß entsprochen. Die „Republikaner“ erklärten in einer Stellungnahme, Huchler habe die entsprechende Summe in Höhe von 50.000 Mark in der Zwischenzeit überwiesen.

■ **Wolfsburg** - Die in der rechtsextremen Szene einflußreiche Zweimonatszeitschrift „Recht und Wahrheit“, gegründet von Generalmajor a.D. Otto Ernst Remer, ruft anläßlich der kommenden Bundestagswahl zur Wahlenthaltung auf. Wahlenthaltung, so Herausgeber Georg Albert Bosse (Wolfsburg), verstehe sich nicht als „unbegründete Stimmabgabeverweigerung“, sondern „vielmehr“ als „Ausdruck unserer bewußten ABSAGE an ein System, das nach unserer Kenntnis in erster Linie nicht deutschen sondern vorrangig internationalen Interessen dient.“ Der wegen Volksverhetzung einschlägig vorbestrafte Bosse führt dazu an: „Sogenannte Rechtsparteien sind ebenso unwählbar wie 45er Lizenzparteien. >Rechte< Parteien, die das System als >Wahlpartei< zuläßt, kanalisieren lediglich das Unmutspotential dieses Landes in ein vom System kontrolliertes Auffangbecken.“

Ausland

■ **Spanien (Barcelona)** - Der europaweit bekannte Rechtsextremist Pedro Varela steht wegen Holocaustleugnung vor Gericht. In Varelas Buchhandlung „Europa“, im Barcelonaer Stadtteil Gracia gelegen, wurden im Dezember 1996 über 7.000 Werke rechtsextremen Inhalt, vorwiegend in deutscher Sprache, beschlagnahmt. Die Bücher warben für Neonazi-Gruppen in verschiedenen Ländern, verteidigten die Nazi-Diktatur und Adolf Hitler, den

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

„Held aller Helden“. Varela ist einer der Gründer der zwischenzeitlich aufgelösten spanischen Neonazi-Truppe „Cedade“ und war Herausgeber des gleichnamigen deutsch-spanischen Organs. Als Vorsitzender der „Cedade“ hielt er sich mehrmals in der Bundesrepublik und in Österreich auf. In Österreich mußte er 1992 vier Monate im Gefängnis verbringen, weil er Adolf Hitler als „Helden“ bezeichnet hatte. Varela unterhält enge Kontakte zu dem in Spanien lebenden österreichischen Holocaustleugner Gerd Honsik. Dieser bezeichnet Varela in der jüngsten Ausgabe seiner antisemitischen Hetzschrift „Halt“ als „Beschützer der Verfolgten“, der „nun selber verfolgt werden“ soll.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto